



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Tagebuch.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

T a g e b u c h.

I.

Correspondenz = Nachrichten aus Hamburg.

Nichts hat in unserm kleinen Staate eine so große Veränderung erlitten, als unsere periodische Literatur. Während neue, frische, dem Fortschritt nachstrebende Blätter schnell ein großes Publikum gewinnen, sieden die früher beliebten eben so rasch dahin. Zwar gibt es unter den neuern auch häufig Leichen und sieht fast jedes Semester neue Zeitschriften entstehen und wieder eingehen; aber solche, in denen ein frisches Leben sprudelt, dürfen sich eines außerordentlichen Erfolgs gewärtigen. Die früher gelesenen Volksblätter, z. B. ein „Hamburger Beobachter,“ der eine Auflage von 6000 Exemplaren, und später die „Eisenbahnzeitung,“ die es schon nach wenigen Jahren des Bestandes zu einer von 4000 gebracht hatte, verlieren mit jeder Woche an Theilnehmern und dürften in Jahr und Tag gar nicht mehr existiren, wenn ihre Herausgeber nicht etwa gänzlich ihre Tendenz veränderten und sich dazu bequemen, dem vorherrschenden Geschmack durch Neues und Pikantes in ihren Spalten Opfer darzubringen. Am schlimmsten sind die rein wissenschaftlichen und belletristischen Blätter daran, von denen Keiner in dieser Zeit der Aufregung etwas wissen will. Der von Gukow früher begründete, von G. Schirges und Feodor Wehl fortgesetzte „Telegraph,“ so wie die „Literarischen und kritischen Blätter der Börsehalle,“ sind entweder schon eingegangen oder gehen nächstens ein; wenigstens sind sie aus fast allen Lesezirkeln verschwunden. Dagegen findet man ein bereits älteres Volksblatt, „der Freischütz“ und neben ihm ein ganz neues, „die Reform,“ fast in jedem Hause. Die Herausgeber, Joseph Mendelsohn des „Freischütz“ und J. F. Richter der „Reform,“ sind strebsame Männer, die den Muth haben, die Gebrechen unserer Verwaltung und Gesetzgebung schonungslos aufzudecken. Beide Blätter bringen fast nur Originalaufsätze, die ihnen von der hiesigen Intelligenz in Masse zufließen, während andere ihre Leser mit solchen Nachrichten abspesen, die ihre Herausgeber aus andern Blättern zusammen gelesen, wodurch sie zwar bunt genug werden, aber zugleich auch farblos. Auf ein festes Abonnement ist für die neuern Volksblätter nicht mehr zu rechnen. Der Inhalt jeder Nummer wird in den „Nachrichten,“ unserm Intelligenzblatte, angezeigt und je nachdem er interessant ist, in 6—8000 oder nur in so viel Hunderten von Exemplaren verkauft; von allgemein ansprechenden müssen sogar mehrere Auflagen veranstaltet werden. Dies wird so lange fortgehen, als die Aufregungen der Zeit noch fortdauern, und es ist keine Aussicht vorhanden, daß sich in Zukunft wieder irgend ein Zeitblatt, gleich der früher so beliebten Hilburghauser „Dorf-

zeitung," einen großen, festen Leserkreis erwerbe. Vor einigen Jahren hatte es den Anschein, als ob das „Izehover Wochenblatt," eine Buchdrucker-Speculation, sich auf ähnliche Weise in Norddeutschland festsetzen werde und wirklich hat man dem glücklichen Begründer desselben, einem Buchdrucker, jetzt Senator, Schönfeldt, vergebens 80,000 Thaler dafür geboten, da es zu jener Zeit sehr schwer fiel, die Concession zur Herausgabe eines Blattes in den Herzogthümern zu erlangen. Jetzt, wo dieser unerträgliche Zwang aufgehört hat, würde Herr Schönfeldt sein Wochenblatt gewiß gern für den vierten Theil des ihm früher gebotenen Preises verkaufen wollen, da der Concurrency nichts mehr im Wege steht.

Der Umstand, daß die Presse im nahen Holstein von jeglichem Zwange befreit ist, während die periodischen Blätter in Hamburg noch unter der Last des Zeitungsstempels seufzen, hat zur Folge, daß man mit neu entstehenden Blättern nach dem kaum eine Viertelstunde entfernten Altona wandert, von wo sie dann stempelfrei eingeführt werden. Welche Verluste dadurch für die hiesigen Buchdrucker entstehen, kann man sich vorstellen, auch sehnen sie sich wohl vor allen Andern darnach, daß man in Frankfurt diesen Boßbeuteleien ein Ende mache, unter denen nicht nur sie selbst, sondern alle bei der periodischen Presse Betheiligten leiden. Der Zeitungsstempel verhindert nämlich die Herausgeber der hier erscheinenden Blätter daran, diese wöchentlich mehrere Male im kleineren Formate erscheinen lassen und damit alle Neuigkeiten frischer bringen zu können, da für den halben Bogen wie für den ganzen gleichviel bezahlt werden muß; dazu gewährt diese lästige Abgabe nicht einmal das Recht, Anzeigen aufnehmen zu dürfen, die den sogenannten privilegirten Blättern ausschließlich vorbehalten sind.

Das von dem Herrn Dr. Ascher entworfene und von der sogenannten Reformdeputation überarbeitete Preßgesetz ist zur Stunde dem Bürgerconvente noch nicht vorgelegt; man fürchtet also doch wohl, dieses Monstrum nicht durchzubringen. Von dem hier gebildeten Preßvereine erwarten wir nichts, einmal, weil Hamburg keine bedeutende Literaten besitzt, dann aber besonders, weil das aus den H. S. J. Mendelssohn, Dr. Gallois und Schlönbach gebildete Preßcomité von vornherein Mißgriffe begangen hat. Durch ein unterm 17. Juni erlassenes Circular fordern diese Herren sämtliche bei der hiesigen Presse Betheiligten auf, sich durch Unterschrift ihres Namens dahin zu verpflichten: „Die Ehre der Hamburgischen Presse niemals beslecken zu wollen durch Abfassen, Drucken, Verlegen, Verkaufen und Verbreiten solcher Erzeugnisse der Presse oder der Kunst, welche Religion oder Religionsgesellschaften der Verachtung oder Verfolgung Preis zu geben suchen, — durch Darstellung unzüchtiger Gegenstände öffentliches Vergerniß veranlassen — ferner offenbar ehrentränkende oder verleumderische Angriffe gegen Privatpersonen enthalten — endlich zu Angriffen auf das Eigenthum des Staates und der Privaten oder zu offener Rebellion gegen Staatsgewalten auffordern.“

Welcher Ehrenmann wird sich nicht selbst solche Grenzen ziehen und welcher vom Scandal sich kümmerlich nährende literarische Lump ein Versprechen, wie das vorstehende, nicht trotz seiner Unterschrift gelegentlich brechen? Wer wird das, was er allein mit seinem Gewissen und literarischem Ehrgefühl abzumachen hat, einer Jury — denn ein Ehrengericht soll über solche Dinge entscheiden — unterwerfen, die vielleicht aus Männern zusammengewürfelt ist, deren Ehrenhaftigkeit, Einsicht und Gerechtigkeit man nicht unbedingt vertraut? — Mit eben dem Rechte könnte man von einem ehrlichen Manne fordern, daß er sich durch Unterschrift seines Namens verpflichte, niemals

Ueber den Straßenkrawall, der am Freitag vor Pfingsten, am sogenannten Läm-
Grenzboten. III, 1848

merabend, hier stattfand, sind die ausschweifendsten und unwahrsten Gerüchte in's Publicum gekommen; ja, man hat von einer abgebrannten Vorstadt in Folge derselben gefabelt und das Austrommeln des Histrionen Louis Schneider, das zufällig an demselben Abende stattfand, damit in Verbindung gebracht! Die Sache verhielt sich so: Seit Jahren schon supplicirten die Bewohner der über 20,000 Seelen enthaltenden Vorstadt St. Georg, und immer vergebens, um Aufhebung der Allen lästigen und verhassten Thorsperre und um Zuziehung zur Stadt. Diese gerechten Wünsche gaben sich in der neuesten Zeit lebhafter denn je kund. Die Bewohner dieser Vorstadt, die hart vor dem Steinthore anfängt, sind in der That zwischen zwei Thoren, zwei Thorsperren und Accisen eingeklemmt, und auch sonst vielfältig benachtheiligt, in einer höchst unangenehmen Lage. Auf alle ihre Bitten und Vorstellungen erhielten sie trotzdem nur zur Antwort: „man könne sie nicht zur Stadt ziehen, weil ihre Grundstücke dadurch im Preise steigen und die der eigentlichen Stadt mehr entwerthet werden würden.“ Daß ein solcher Bescheid die Unzufriedenheit und Aufregung noch mehr steigern würde, stand zu erwarten; auch war es acht Tage vor dem sogenannten Lämmerabend — ein Volksfest, eine Art von Lämmermarkt — allgemein bekannt, daß die Vorstädter dieses Fest als Gelegenheit zu einer Demonstration gegen die verhasste Thorsperre benutzen wollten. Trotzdem wurde von Seiten der Behörden durchaus keine Maßregel getroffen, um den zu erwartenden Unruhen wirksam begegnen zu können; das Thor war überdies, da unser Vixienmilitär im Felde steht, nur von einer wenig verstärkten Bürgerwehr besetzt, vielleicht auch von einigen Polizeileuten. So wurde es Abend und man läutete wie sonst zur Thorsperre. Dies war das Signal für die Unruhstifter, die aber weniger aus Vorstädtern, denn aus den Städten selbst bestanden. Mit wüthendem Geschrei stürzte die zum Theil trunkene Böbelmasse zum Thor hinan, forcirte die eisernen Thorflügel, hob einen davon aus, was ihr bei dem andern nicht gelingen wollte, vertrieb unter Hohn und Gespött die Wachtmannschaften, sowie die Sperr- und Accise-Beamten, drang in die Thorgebäude ein und zündete sie dadurch an, daß sie die Röhren der Gasleitung zerhieb, wodurch das in Massen entströmende Gas in wenig Augenblicken Alles in Flammen setzte, die durch die in den Gebäulichkeiten gefundenen Betten und Mobilien noch genährt wurden.

In der Stadt waren indeß durchaus keine Vorkehrungen getroffen: Die Mitglieder hochlöblichen Senats waren entweder ruhig in ihren Stadt- oder Landhäusern und selbst der Chef der Bürgergarde, Oberst Stockfleth, lange nicht zu finden. Fast anderthalb Stunden nach Beginn des Unfugs wirbelten die Trommeln durch die Stadt, um die Bürger auf die Alarmplage zu berufen. So lange war der wüthende Böbel de facto Herr der Stadt, denn was hätte ihn daran verhindern können, in dieselbe einzuziehen und Plünderung, Brand und Mord zu verbreiten? Er belustigte sich indeß zum Glück beim erstürmten Thore an den brennenden Gebäuden und der herbeigeeilten Spritzenmannschaft, die man am Löschen verhinderte und nebenbei zwang, ihre Spritzenkleidung auszugiehen; ein Spasmacher läutete dabei die verhasste Thorsperre mit der Sperrglocke zu Grabe. Erst gegen Morgen gelang es der vom trefflichsten Geiste besetzten, unter allen Umständen als muthvoll und tapfer bewährten Bürgergarde, den Platz zu säubern und eine Anzahl Gefangener zu machen, was sie, beiläufig gesagt, lieber der Polizei überlassen sollte, da sie nicht nöthig hat, Häsherdienste zu verrichten und solche unter ihrer Würde sind.

Daß die Ueberzeugung von der Untauglichkeit des Senats und von der Unmöglichkeit seines Fortbestehens in allen Schichten der hiesigen Bevölkerung Wurzel ge-

schlagen hat, zeigte sich bei Gelegenheit eines am 2. Juli gehaltenen Generalvereins sämtlicher hiesiger Vereine, wozu auch der als aristokratisch verschrieene Grundeigentümerversen seine Delegirten sandte. In demselben wurden unter andern die drei von der Reform-Deputation ausgegangenen neuen Verfassungsvorschläge besprochen, wovon zwei von Mitgliedern des Senats, ein dritter von dem intelligenten, trefflich gesinnten Dr. Baumeister ausgegangen. Als es zur Abstimmung über den Verfassungsentwurf des kaufmännischen Senators Geffken kam, der den alten verhaßten Schlen-drian, den sich selbst ergänzenden Senat, die bürgerlichen Collegien, kurz den ganzen alten Vocksbentel, nur mit etwas veränderter Form und mit veränderten Namen, beibehalten zu sehen wünschte, wurde dieser Entwurf unter den Zeichen der höchsten Mißbilligung einstimmig verworfen. Das wenige Glück, das er in den frühern Bürgerconventen mit seinen Vorschlägen, Reden und ausgesprochenen Stabilitäts-Principien machte, scheint Herrn Geffken nicht irre an sich selbst und seinen Talenten gemacht zu haben, wenigstens stellt er sich bei jeder Gelegenheit in den Vordergrund. Er soll ein trefflicher Gatte, Vater und Hausvater sein; beschränke er sich denn darauf, in dem kleinen Kreise segensreich zu wirken, allein er wolle uns mit Verfassungsentwürfen fürder verschonen!

Daß übrigens der gesammte Senat die Wünsche und Hoffnungen seines jüngsten Mitgliedes, sich in integro zu erhalten, theilt, geht wohl aus dem Umstande hervor, daß man Herrn Geffken erlaubte, seinen Verfassungsentwurf an's Licht treten zu lassen, denn aller Wahrscheinlichkeit nach, legte er denselben doch seinen Herrn Collegen zuvor zur Begutachtung vor? Vielleicht stellten die intelligentern Mitglieder des Senats den armen Mann nur als verlorenen Posten aus, um durch ihn in Erfahrung zu bringen, was sie wohl noch für ihr Fortbestehen zu hoffen hätten, was noch ferner für dasselbe wagen dürften. War dem so, so ist ihnen durch den Vorschlag, den Verfassungsentwurf ihres der Stabilität huldigenden Amtsgenossen den Flammen übergeben zu wollen, und nicht nur von „Schreibern“ und „Wühlern,“ sondern von 1000 guten Bürgern, die der Generalversammlung beiwohnten, geantwortet worden.

Eine interessante Frage drängt sich uns bei dieser Gelegenheit auf: Würde die Bürgerschaft es dulden, daß, wenn während dieser Interimszeit ein Vater der Stadt zu seinen Vätern versammelt würde, der Senat eine neue Wahl vornähme und dadurch den Staatshaushalt auf eine ungebührliche Weise belastete? Man wolle daher diesen leicht möglichen Fall vorher bedenken und seine Maßregeln bei Zeiten treffen, da der Senat schon durch die Wiederbesetzung der in den bürgerlichen Collegien vacant gewordenen Stellen zeigt, daß ihm daran liegt, Alles beim Alten zu lassen.

Ein großes, allgemein getheiltes Mißvergnügen wurde auch durch den Umstand hervorgerufen, daß man den so hoch besoldeten Senat vergebens mehrere Male in den öffentlichen Blättern aufforderte, in dieser bedrängten Zeit einen Theil seines Gehalts der Armuth zum Opfer darzubringen; für solche Vorschläge haben die Herren taube Ohren. Diese Hartherzigkeit — wir glauben es so nennen zu dürfen — im Angesichte so großer allgemeiner Noth, diese Knauferei, den edelsten Aufopferungen von Seiten der Bürger gegenüber, hat den Herren in der Meinung der durch ihre Großmuth und Wohlthätigkeit mit Recht berühmten Hamburger, einen weit größern Nachtheil zugefügt, als alle andern von ihnen begangenen Mißgriffe zusammen.

— s.

II. Deutschrift

über die gegenwärtigen Verhältnisse der Deutschen in Siebenbürgen*).

Ein ferner deutscher Stamm hat Deutschlands Schutz und Vermittlung angerufen, es sind die 300,000 Sachsen in Siebenbürgen. Seit der Mitte des zwölften Jahrhunderts, wo sie sich auf den Ruf eines ungarischen Königs als freie Anbauer im Lande niederließen, ist das Land, das sie als Wüste bezogen, ein blühender, wohlhabender Landstrich geworden; ihre Städte und Dörfer sind die schönsten des Landes. Aus allen Stürmen haben die Sachsen die Freiheiten, die Einrichtungen und die Sprache ihrer Väter gerettet, jetzt aber droht ihnen die allerhöchste Gefahr.

Kühner als je erhebt das Magyarenthum sein Haupt, um mit einem Schläge alle fremdartigen Nationalitäten ihrer Rechte zu berauben. Ohne die Entscheidung der übrigen Reichsbewohner abzuwarten, verlangen die Magyaren ungestüm Siebenbürgens Vereinigung mit Ungarn.

Ogleich ein großer Theil der Sachsen dieser Vereinigung beider Länder keineswegs entgegen war, wofern ihre bisherige Verfassung und ihre Gerechtsame als freies deutsches Volk anerkannt würden: so traute doch ein anderer Theil, gewarnt durch die Geschichte der letzten Jahrhunderte und die traurigen Ergebnisse während der Zeit des Sprachkampfes, den Magyaren nicht, und wollte nichts von Union wissen. Dieses Mißtrauen wurde bald auf eine Weise gerechtfertigt, wie es kaum Jemand unter den Sachsen geahnt hatte, die siebenbürgisch-magyarischen Zeitungen, Markal congregationen, ja selbst hochgestellte Männer unter den Magyaren lassen ihrem langgenährten Haß gegen ein Volk, das vor ihrem nationalen Abgott nie ein Knie beugte, nun vollends die Zügel schießen; sie machen in äußerst empörender, höhnischer Weise und in unmäßiger Freude über den vermeintlichen Sieg, den jetzt das Magyarenthum über die andern Nationen Siebenbürgens und Ungarns errungen haben soll, Angriffe auf die feierlich beschworenen Rechte eines ihnen gleichgestellten Volks.

Man lese nur die Verordnungen des pesther Ministeriums und man wird sehen, daß Alles magyarisch werden soll. Magyarische Sprache auf den Münzen, den Banknoten, den Eisenbahnkarten zc. für das überwiegend deutsche Publikum Pesths (Wiener Zeitschrift für Kunst zc. Nr. 95). Die Bergakademie in Schemnitz — einer Stadt, die früher das Recht hatte, alle Nichtdeutsche von ihrem Gebiet auszuschließen — verließen 140 deutsche und slawische Zöglinge, weil der magyarische Berggrath Zendrasse sie in empörender Weise geschmäht hatte, als auf einem Kaffeehause neben der magyarischen Fahne die deutsche und slawische wehte (Wiener Zeitung Nr. 151). Ja, als sei die Union bereits vollzogen, erläßt das pesther Ministerium Befehle an siebenbürgische Behörden, wozu es noch gar kein Recht hat. Wir nennen beispielsweise die Aufforderung des Premierministers an die Szekler in Siebenbürgen, mit 12,000 Mann ins Lager bei Szegedin ihren magyarischen Brüdern zu Hilfe zu eilen, und desselben Erklärung an das Generalcommando Siebenbürgens: ohne eine große Verantwortlichkeit auf sich zu laden, werde der Commandirende es nicht wagen, die Ausführung dieses Aufrufs an die Szekler zu verhindern. Selbst der Palatin hat einen „Befehl“ an das „mir und dem königlichen ungarischen Kriegsministerium unterstehende Militär- und Grenzgeneralcommando von Siebenbürgen“ erlassen (Wiener Zeitung Nr. 149).

*) Dieses Memoire, von einem Sachsen aus Siebenbürgen abgefaßt, ist durch den Leipziger Ostmarken-Verein Ende Mai an das Frankfurter Parlament geschickt worden.

Was soll im Sinne der Magyaren die Union bedeuten? Ihre Zeitschrift *Erdelyi Hirado* gesteht es unumwunden: man bezwecke durch die Union nichts anders, als die Plünderung der sächsischen Allodialgüter und der mühsam ersparten Nationalcasse, man wolle den sächsischen Bürger zur Entschädigung des Adels auf das Sechsfache besteuern, den sächsischen Geistlichen den Zehnten gegen eine geringe Vergütung wegnehmen, durch eine veränderte Richtung des Handels mittelst einer Eisenbahn die sächsischen Städte zu bloßen Landstädten und ihre Dörfer zu armseligen Nestern herabbringen. Den 29. Mai — den Eröffnungstag des siebenbürgischen Landtags — bezeichnet sie als den Tag der feierlichen Leichenbestattung der sächsischen Nation! Berichterstatter an deutsche Zeitungen versichern gleichfalls, nach der Union könne in Ungarn von „Nationen“ nicht mehr die Rede sein.

In diesem Augenblick entsendet die magyarische Regierung Abgeordnete an Deutschlands constituirende Nationalversammlung; aber wie lautet deren Vollmacht? Sie sind beauftragt, „über die Erhaltung und Kräftigung der zwischen den ungarischen und deutschen Staaten obwaltenden freundschaftlichen Verhältnisse, sowohl in politischer als commercieller Beziehung, im Interesse der gegenseitigen Selbstständigkeit, Freiheit und des materiellen Wohlstandes „beider Nationen“ zu wachen.“ Die eine Nation sind hier offenbar die Bewohner Deutschlands; ist aber von Seiten Ungarns bloß die Selbstständigkeit, Freiheit und der materielle Wohlstand einer Nation zu vertreten?

So entsprechend auch alles neuerdings Vorgefallene den früher gegen die Sachsen gehegten und bezeigten Gesinnungen der Magyaren war: so hätten dennoch die Sachsen jene feindseligen Zeitungsartikel unbeachtet gelassen und den Magyaren die Bruderhand geboten, wenn ihnen nicht auf eine sehr unverhoffte Weise einige hochgestellte und einflussreiche Magyaren die Augen geöffnet hätten. Zuerst geschah dies von dem unverföhllichen Sachsenfeind, Freiherrn Dionys Komeny, auf der Markalconggregation der unteralbensei Gespannschaft. Später that dasselbe der Gouverneur, Graf Joseph Teleki, und zwar mit um so gewichtigerer Stimme, da er als erster Beamter des Landes zu den Vertretern der sächsischen Nation sprach. Als nämlich die sächsische Nationsuniversität und die Stadtbehörden Hermannstadts am 3. Mai dem Gouverneur bei dessen Anwesenheit in Hermannstadt ihre Aufwartung machten, erklärte dieser ganz offen, man müsse die Unionsfrage von vorn herein als entschieden ansehen. Würde die Union, wie vorauszusehen sei, vom Volke und von den Landtagsgalerien proklamirt werden, so würde sich das königliche Landesgubernium auflösen und dem ungarischen Ministerium unterordnen. Die Sachsen sollten sich von allen utopischen Hoffnungen, ihre Nationalität, Sprache, Municipalität aufrecht zu erhalten, lossagen. Die Geschäftssprache müsse die magyarische werden; auch neue zweckmäßige Territorialeintheilungen — (natürlich, um den Sachsen noch einige Stimmen auf dem Landtage zu entziehen) — müßten erfolgen. Dazu bemerkte der Gouverneur noch, er würde, wenn die sächsischen Deputirten an die Union noch Bedingungen knüpfen sollten, für die persönliche Sicherheit derselben außer dem Landtagssaale keine Gewähr leisten können.

Wie die Magyaren die öffentliche Stimme der Gallerien erkünstelt, wie man den Schein, als bedrohe „das Volk“ unsere Patrioten, betrügerisch herbeiführen will, das wird offenbar, wenn man weiß, daß in Klausenburg, wo der Landtag abgehalten werden soll, bereits 300 Juraten und Studenten aus Pesth und eine bedeutende Anzahl anderer Magyaren — aus dem Biharer Comitatz in Ungarn allein 500 — angemeldet worden sind! Jene Rede des Gouverneurs ist berichtet in der Wiener Zeitung Nr. 137, und wird bestätigt durch Privatbriefe von glaubwürdigen Händen. Wenn er später

durch die Versicherung, „es seien ihm böswillige Worte unterlegt worden, deren Sinn und Inhalt er entschieden ablehnen müsse,“ sich vertheidigen wollte, wenn er die ihm aufwartenden 30 Männer, die keineswegs alle der Union abhold waren, in den Augen der Welt einer Unwahrheit zeihen zu können meinte: so vergaß er, daß eine Widerlegung einzig und allein durch Anführung wenigstens des Sinnes der Worte, die er gesprochen haben will, möglich gewesen sei. Hätte der Gouverneur auch nur in wenigen Aeußerungen mit Achtung und Schonung von dem von ihm selbst beschworenen Recht der Sachsen gesprochen, so würden mindestens jene Deputirten, die vor der Besprechung für die Union waren, nach der Besprechung nicht so entschieden gegen die Union gestimmt haben.

So handeln die leider nur als hochherzig und großmüthig bekannten Magyaren an einem deutschen Volke, das, vor 700 Jahren von einem ungarischen Könige zum Aufbau und zur Beschützung des Landes berufen, im Laufe der Jahrhunderte seine Aufgabe immer ehrenvoll erfüllte. Doch die Magyaren wollen Alles oder Nichts. Sie fordern, daß die doppelte Zahl der Einwohnerschaft die von den Vätern ererbte Sprache und Sitte zu Gunsten des Magyarismus opfere; denn in Siebenbürgen wohnen nur 600,000 Magyaren, aber eine Million Walachen und 300,000 Sachsen. Zeitgemäße Entfugungen und zweckmäßige Abänderungen ihrer verbrieften Rechte werden die Sachsen wohl zugeben, aber nie werden sie es zulassen, daß ihnen ihr Recht, sich Beamte, Pfarrer und Lehrer ihrer Jugend zu wählen, entrißen werde, nie werden sie ihre altdeutsche Verfassung gegen eine schlechtere magyarische vertauschen: am allerwenigsten aber werden sie sich die magyarische Sprache als ihre Geschäftssprache aufdringen lassen, sie wollen in Schule und Kirche und bei allen ihren gerichtlichen Verhandlungen deutsch, die Sprache der Bildung, reden. Nie können sie einer fremden Nation in ihre Innerverhältnisse willkürliche Eingriffe gestatten; wo ihre Gesetze und Einrichtungen der Abänderung bedürfen, da wollen sie selbst sie bessern. Und eben darum erscheint jene von den Magyaren so sehrlich erstrebte neue Eintheilung des Sachsengebiets, wodurch von den jetzigen elf Kreisen bloß vier deutsch bleiben und die übrigen zu den magyarischen geschlagen werden sollen, als der gefährlichste Angriff auf die Nationalität der Sachsen, der unmittelbar die Vernichtung des Deutschthums in Siebenbürgen nach sich ziehen müßte. So lange nicht gesetzlich bestimmt ist, daß die Deputirten zum Landtage nach einer gewissen Seelenzahl gewählt werden sollen, darf von keiner neuen Eintheilung des Sachsenbodens die Rede sein und auch dann kann sie nur durch die Sachsen selbst bewerkstelligt werden.

Obgleich sich nun die Sachsen jenen gesetzwidrigen Anforderungen der Magyaren aufs Nachdrücklichste widersetzen müssen und in eine Union mit Ungarn in dem Sinne, wie die Magyaren meinen, nie willigen werden, so erscheint doch eine solche Union mit Ungarn, bei der jede Nationalität — also auch die deutsche — anerkannt wird, insofern als nothwendig, weil leicht zugleich mit den Magyaren die Sachsen aufs Aeußerste vom Volk der Walachen bedroht werden können, wenn Siebenbürgen sich abschließt. Denn die Million Walachen in Siebenbürgen, die während der langen magyarischen Adels-herrschaft größtentheils im Unterthanenverhältnisse stand, jetzt aber Rechte begehrt und erlangen muß, geht bereits mit raschen Schritten darauf aus, ihr Element in Siebenbürgen zum herrschenden zu erheben und dereinst ein national-dacisches Reich in seinen alten Grenzen zu gründen. Dieses Bestreben ist der Grund, welcher die Walachen bewogen hat, gegen Union zu stimmen. Auf dem vereinigten ungarischen Reichstag könnten ihre Abgeordneten nicht so imponirend auftreten, als auf dem siebenbürg-

gischen Landtage allein. Die walachische Volksversammlung in Blasendorf vom 15. Mai hat sich gegen Union ausgesprochen. (Der magyarisch gefärbte Bericht in der Allgemeinen Zeitung Nr. 152 Beilage, dem zu Folge die Walachen der Union geneigt wären, ist unwahr).

Wollen also die Magyaren mit staatsmännischer Einsicht handeln, wollen sie nicht mit tollkühner Uebereilung, was ihre Art ist, selbst in's Verderben sich stürzen, so werden sie die Sachsen in Siebenbürgen auch fernerhin als berechtigtes Volk anerkennen, ihnen die freie, unumschränkte Regelung ihrer Innerverhältnisse zugestehen und dieselben eben hierdurch der Union geneigt machen. Aber das Mißtrauen, das nun einmal durch die neuesten Angriffe der Magyaren in der Brust jedes Sachsen erwacht ist, macht es nothwendig, daß, wenn nach Beistimmung der Sachsen die Union erfolgt, das vereinigte Deutschland, auf das die Sachsen vertrauensvoll ihre Blicke richten, die Gewährleistung für die den Sachsen bei der Union versprochenen Rechte übernehme.

Ein Gesetz kann jedoch den Deutschen nicht bloß in einem Theile des Reichs Rechte einräumen, es muß im ganzen Reiche gelten. Daher müssen die Sachsen nach der Vereinigung beider Länder zugleich die Anerkennung der fast zwei Millionen zählenden Deutschen in Ungarn fordern, um so mehr, da diese früher wirklich — wir erinnern bloß an die Zips und an die Bergstädte — nationale Rechte besaßen. Denn in fast allen deutschen Städten Ungarns durften nur Deutsche (sog. Sachsen) das Bürgerrecht erhalten. Seit sich die 24 zipscher Städte 1271 unter einem Grafen vereinigt hatten, stieg ihr Wohlstand und ihre politische Bedeutung (Fessler II, 861 ff.). Unter König Sigmund, der 13 derselben (1412) an Polen verpfändete, begann ihr Unglück; wie diese verloren die übrigen ihre Freiheit, als König Matthias sie 1464 einem Adligen schenkte, wodurch dem Slaventhum Thor und Thür geöffnet wurde. Die heutigen sog. 16 zipscher Städte haben zwar eigene Verwaltung, konnten jedoch trotz aller Bemühungen die Vertretung auf dem Reichstage nicht erlangen. Vertretung muß ihnen werden; man muß Ungarns eigenthümliche Bevölkerungsverhältnisse in Betracht ziehen. 5 Mill. Slaven und 3 Mill. Walachen werden sich von den höchstens 4—5 Mill. Magyaren — worunter dann aber auch Kumanen, Tazygen, Haiducken u. mitbegriffen sind — ihre Volksrechte nöthigenfalls erzwingen: wollte dann Deutschland fast 2 Mill. Deutsche schutzlos preisgeben? Deutsche, die mit treuer Liebe fest am alten Vaterlande hängen — denn nur Einzelne sind aus Gewinnsucht Abtrünnige von der deutschen Sache in Ungarn geworden —? Deutschland könnte preisgeben jene Deutsche, die an Fleiß und Nüchternheit, an Wohlstand und Gesittung den stolzen Magyaren, wie den Slaven und Walachen weit übertreffen, in deren Händen auch Ungarns Handel zum größten Theile liegt? (Nach dem Geständniß der magyarischen Zeitschrift *Tudományos Gyűjtemény* in *Csaplovics*: Ungarns Industrie und Kultur. Ppzig. 1843, S. 27. *) Kann, darf

*) Dasselbe gibt auch Kossuth (Ungarns Anschluß an den deutschen Zollverband. *Botum* von Ludwig von Kossuth. Aus dem Ungarischen des *Pesti Hirlap* übertragen von G. St. Ppzig. 1842, S. 47) zu, indem er sagt: „Unsere Städte sind dem größten Theil nach noch deutsch und zwar so deutsch, daß sie kaum noch irgend ein Merkmal der Magyarisirung verrathen, die Industrie in unserm Vaterlande ist deutsch, der Handel seinem Wesen nach deutsch und muß es durch den Anschluß an den deutschen Zollverband natürlicher Weise noch immer mehr werden und so würde denn aus diesem Anschluß unausweichbar folgen, daß unsere deutschen Städte, unsere deutsche Industrie, unser deutscher Handel nie und nimmermehr ungarisch würden.“

Deutschland zugeben, daß jenes Gesetz, welches vor wenigen Jahren vom ungarischen Reichstagsadel gegeben wurde und das den Deutschen wie allen Nichtmagyaren die magyarische Sprache aufdrang, noch länger bestche? Wir rufen: nein!!

Möge Deutschland sich nicht etwa dem eiteln Wahne hingeben, durch die Nichtbeachtung der Deutschen Ungarns werde das magyarische Element zum Schutze Deutschlands gekräftigt werden. Das Magyarenthum kann in Ungarn nicht allein herrschen. Es fehlt ihm dazu an innerer Stärke. Die Slaven haben die Uebermacht. Ueberläßt Deutschland die Deutschen Ungarns ihrem Schicksale, so gehen die Deutschen in Nord- und Südungarn nicht im Magyarenthum, sondern im **Slawenthum** unter und für den Schuß Deutschlands an der Ostgrenze ist nichts gewonnen. Die Gefahr ist noch drohender geworden, seitdem die slawische Bewegung solche Fluthen wirft. Die Magyaren können dem Slawenthum nicht mehr hinreichenden Widerstand leisten. Man werde bei Zeiten den Deutschen und den Slaven gerecht.

Darum müssen die Deutschen im ganzen ungrischen Reich gerettet werden und die Rechte eines selbstständigen Volks erhalten. Sie werden ihr Recht immer und überall zu vertheidigen wissen und sich als Vorposten Deutschlands gegen die Knechtschaft des Slawenthums fühlen lernen. Dies ist das einzige Mittel, wodurch sich Deutschland an einer langen Strecke seiner Ostgrenze sicher stellen kann.

Noch liegt eine friedliche Vermittlung des angefachten Bürgerkriegs in Deutschlands Händen. Einseitige Begünstigung des Magyarenthums wird den Uebermuth der Magyaren erhöhen und von der Ostgrenze Deutschlands bis an die Karpathen hin das Zeichen zu einem furchtbar blutigen Gemekel geben, das nur mit dem Triumph des Slawenthums endigen kann.

III.

Bemerkung.

Der Wetteifer der Grenzboten und der Reform, sich gegenseitig ihre Achtung und Zuneigung an den Tag zu legen, hat jetzt ziemlich alle Formen künstlerischer Composition erschöpft. Ich wenigstens finde mich nicht veranlaßt, meine eignen Ausdrücke zu überbieten; ich könnte sie nur copiren.

Was den neuen Vorwurf betrifft, ich hätte bei Uebernahme der Grenzboten plötzlich die Farbe gewechselt, so muß das Publikum, welches meine Aufsätze in den Grenzboten seit anderthalb Jahren liest, selber darüber urtheilen. Ebenso werden die Leser der Reform — wozu, wie mir eine leise Ahnung sagt, die beiden Redacteure nicht gehören *) — wissen, daß meine Anklagen die einfache Wahrheit enthalten.

Mein Verhältniß zu Ruge geht eigentlich nur uns beide an. Ich kann nur bedauern, daß mein Einfluß auf ihn nicht ausgereicht hat, ihn von den Streichen abzuhalten, die er in der letzten Zeit gemacht hat, und worunter seine Verbindung mit einem Dypenheim der leichtsinnigste ist.

Julian Schmidt.

*) Ich würde auch nicht dazu gehören, wenn sie mir nicht zugeschickt würde.